

**PROTESTMARSCH
GEGEN FREMDEN-UNRECHTSPAKET
VON BREGENZ NACH WIEN**

Bregenz

25. April 2011
11:00 Uhr
Bahnhof

Wörgl

25. April 2011
20:00 Uhr
Bahnhof

Linz

26. April 2011
18:00 Uhr
Schillerpark

Innsbruck

25. April 2011
17:00 Uhr
Annasäule

Salzburg

26. April 2011
13:00 Uhr
Marktplatz

WIEN

27. April 2011
18:00 Uhr Demo
20:00 Uhr
Parlament

Organisator: ATiGF

Unterstützer_innen: Plattform Bleiberecht, FLUCHTPunkt, die Grünen, ZeMiT, Asyl in Not, Tiroler Frauenhaus, KPÖ Tirol, No-racism.net, AIDS Hilfe Tirol, GLB, SOS Mitmensch, Unabhängige Rechtsberatung – Diakonie Flüchtlingsdienst, KJÖ Innsbruck, IG Kultur Österreich, KriMi – Kritische Migrationsforschung, DIDF, Kulturverein Evrensel

**PROTESTMARSCH
GEGEN FREMDEN-UNRECHTSPAKET
VON BREGENZ NACH WIEN**



österreichweite
Demonstration

Schon wieder ein neues FremdenUnRechtspaket!?

Schluss mit Rassismus und der Ideologie der Diskriminierung im österreichischen Staat! Stoppt das FremdenUnRechtspaket!

Am Freitag, den 29. April 2011, wird im Nationalrat eine der schwerwiegendsten Veränderungen im „Fremdenrecht“ in den letzten 20 Jahren beschlossen. Neben massiven Verschärfungen im Asylgesetz („Mitwirkungspflicht“) und Fremdenpolizeigesetz (Schubhaft, Rückkehrverbote bei Verwaltungsdelikten etc.) sind auch dauerhaft in Österreich lebende Menschen mit Drittstaatsangehörigkeit (Nicht-EU-Staaten) davon betroffen.

Die wesentlichsten Verschärfungen sind nachstehend kurz aufgelistet:

Rot-Weiß-Rot-Card: Zuzug aus Drittstaaten außerhalb des Familiennachzuges nicht mehr nach Quote, sondern nach einem nach gewissen Kriterien eingeteilten Punktesystem; d.h. sog. Hochqualifizierte müssen keine Deutschkenntnisse vor der Einreise nachweisen

Deutsch vor Zuzug: Menschen, die im Rahmen des Familiennachzuges nach Österreich kommen, müssen künftig im Herkunftsland Deutschkenntnisse auf A1-Niveau (in einem zertifizierten Institut) nachweisen

Deutsch nach Zuzug: Für die Erfüllung der Integrationsvereinbarung (IV) sind künftig nur mehr zwei statt bisher fünf Jahren vorgesehen (A2-Niveau). Für den Daueraufenthalt (Antrag erst nach fünf Jahren möglich) sind Deutschkenntnisse auf B1- (knapp unter Matura-) Niveau notwendig

„Mitwirkungspflicht“: In der ersten Woche der Asylantragsstellung werden Menschen eine Woche lang in Traiskirchen oder Thalham eingesperrt bzw. angehalten (Anwesenheitspflicht), sodass keine unabhängige Rechtsberatung möglich ist

Schubhaft: Verlängerung der möglichen Schubhaft auf zehn Monate innerhalb von 18 Monaten, Kinder kommen mit ihren Eltern in Schubhaft – einer Haft ohne Delikt –, wenn die Eltern „Anlass für schärfere Maßnahmen“ geben

Rechtsberatung für Flüchtlinge: Kostenlose, „objektive“ Rechtsberatung für AsylwerberInnen durch vom BMI ausgewählte RechtsanwältInnen – und damit keine unabhängige und parteiliche Vertretung der AsylwerberInnen

Einreiseverbote: Schon bei Verwaltungsdelikten über 1.000 Euro oder einer bedingten Verurteilung von über 6 Monaten kann von der Behörde ein EU-weites Betretungs- und Einreiseverbot für bis zu 10 (!) Jahre ausgesprochen werden

Der Gesetzesentwurf zum „Fremdenrechtspaket“ dient nicht der Demokratisierung auf gesellschaftlicher Ebene, sondern ganz im Gegenteil dazu, den Staatsrassismus weiter zu institutionalisieren und den in der Gesellschaft bereits verwurzelten Rassismus zu stärken. Genau deswegen müssen wir gemeinsam mit den betroffenen Menschen gegen die auf Einschüchterung und Repression ausgerichtete Politik ein breites und starkes Zeichen setzen.

Die Plattform Bleiberecht fordert:

- Abschaffung der Schubhaft
- Globale Bewegungsfreiheit für alle Menschen
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen



**AUF ZUM PROTESTMARSCH
VON BREGENZ NACH WIEN!**

**Wir wollen gegen dieses Gesetzespaket auf die Straße
gehen und für die Rechte von Migrant_innen,
Asylwerber_innen, Flüchtlingen und Illegalisierten kämpfen.
Unterstützen Sie uns dabei!**